

## **München**

*Detlev Sträter, Elisabeth Purker, Andreas Romero*

### **Solidarische Bürgergesellschaft „München 2030“: Urbane Gemeinschaftlichkeit als Alternative zur „Ellenbogengesellschaft“?**

Im Mittelpunkt des Beitrages\* steht die Betrachtung sozialer Ungleichheiten und Trends in der Stadtgesellschaft München – dies vor dem Hintergrund der Frage nach deren integrationsstärkenden oder integrationsschwächenden Wirkungen. In den letzten Jahren richtete sich die öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf die horizontalen Unterschiede sozialer Milieus und Lebensstile. Dennoch stellt sich die sozialökonomisch und kulturell heterogene Stadtgesellschaft nach wie vor als vertikal geschichtet dar. Am Münchner Beispiel werden die Potenziale und Chancen für solidarisches Handeln einer sich ausdifferenzierenden individualisierten Stadtgesellschaft ausgelotet.

#### **1. Sozialer Wandel in der StadtRegion München – auf dem Weg nach „Ellenbogenhausen“?**

München ist eine der wenigen Großstadtreionen in Deutschland, die in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich prosperierten. Der Wirtschaftsraum München profiliert sich als ein untereinander vernetztes Konglomerat aus modernen Fertigung-<sup>1</sup> und Industrie-Dienstleistungs-Clustern<sup>2</sup>, die von industriellen Altlasten weitgehend verschont blieben und auf den Weltmarkt ausgerichtet sind. Wesentliche Kerne bilden hierbei unternehmensorientierte Beratungs- und Finanzdienstleistungen und eine auf Forschung und Entwicklung (FuE) sich konzentrierende Wissens- und Bildungsinfrastruktur. Begünstigt wird die Standortqualität durch einen qualitativ hoch differenzierten Arbeitsmarkt bei vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit.

---

\* Wir danken unseren Projektkolleginnen und -kollegen Yvonne Außmann, Klaus Neubeck und Andreas Pousinis sowie Bettina Reimann vom Difu für ihre kritischen Anregungen..

<sup>1</sup> Im Wesentlichen Fahrzeug- und Maschinenbau, Elektrotechnik.

<sup>2</sup> Mit den Schwerpunkten Mikroelektronik, Informations-, Kommunikations- und Medienwirtschaft, Biotechnologie.

Diese Wirtschaftsstruktur verändert die Arbeitswelt und prägt den Wandel der Stadtgesellschaft. Verwissenschaftlichung von Produktion und Dienstleistungen, erhöhte Qualifikationsanforderungen, Flexibilisierung von Arbeitsformen, Arbeitszeiten und Tätigkeiten, Deregulierung von Teilarbeitsmärkten und der Entgeltsysteme verlangen Leistungsbereitschaft, Anpassung, Mobilität und Identifikation und begünstigen den Trend zur Individualisierung des Sozialverhaltens. Dies schlägt auf die gesamten Lebensverhältnisse durch: Individualisierte Lebensformen – teils erzwungen, teils selbst gewählt – verbreiten sich, vor allem in jenen Lebenslagen und Lebensphasen, in denen man über relativ umfangreiche Zeit- und Geldressourcen verfügt. Es bilden sich neue soziale Milieus sowie unterschiedliche Lebensstile und Mentalitäten heraus. Unter diesen geraten vor allem jene in den Blickpunkt öffentlichen Interesses, mit denen gemeinhin ein Sozialverhalten assoziiert wird, das sich als Anspruchsdenken, Egoismus, Verfall sozialer Werte und mangelnde soziale Solidarität beschreiben lässt. Viele sehen darin eine Entwicklung zur „Ellenbogengesellschaft“, in der die sozialen Bindekräfte der Stadtgesellschaft verloren zu gehen drohen (Thureau-Dangin/Jeismann 1998). Es verfestigt sich der Eindruck, dass diese meist in gehobenen sozialen Milieus angesiedelten Lebensstilgruppen die Definitionsmacht über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sowie die Nutzung von Stadtquartieren und öffentlichen Räumen an sich gezogen haben.

Der Wandel der Stadtgesellschaft vollzieht sich vor dem Hintergrund der epochalen Krise des gesamtgesellschaftlichen Erwerbssystems und des Sozialstaats. Auch in der Münchner Stadtgesellschaft findet dementsprechend gegenwärtig eine soziale Spreizung statt, die den sozialen Abstand zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Schichten vergrößert. Zugleich differenzieren sich soziale Lagen und Milieus weiter aus. Die entsprechenden Gruppen entwickeln unterschiedliche Identitäten und soziale Bindungen an die Stadtgesellschaft und die StadtRegion München. Eine wachsende Schicht vermögender und kaufkräftiger Haushalte hat durch ihre Zahlungsbereitschaft für hohe Bodenpreise, Wohn- und Lebenshaltungskosten die StadtRegion München an die Spitze der Hochpreisregionen in Deutschland befördert, was die Lebensqualität in der StadtRegion München für untere und auch mittlere soziale Schichten erheblich beeinträchtigt. Nach wie vor besitzt aber der Raum München auch aus siedlungsstrukturellen, städtebaulichen, kulturellen Gründen sowie wegen seiner Freizeit- und Erholungsqualitäten eine hohe Zuzugsattraktivität.

Für die Zukunft drohen sich unter *Ceteris-paribus*-Bedingungen Konflikte zu verschärfen. Es stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Führt die Polarisierung der Stadtgesellschaft zwangsläufig zum Abbau funktional notwendiger Versorgungsleistungen, vor allem so genannter

einfacher personenbezogener sozialer Dienstleistungen, die in der Hochpreisregion München unter immer höheren finanziellen Druck geraten, wenn es ihren Anbietern, vor allem einkommensschwächeren Personen und Gruppen, zunehmend erschwert wird, weiterhin im Raum München zu leben und zu arbeiten?

- Unterminiert die disproportionale Dynamik der Wirtschaftsentwicklung den Fortbestand der Stadtgesellschaft als Solidargemeinschaft? Geht mit der sozialen Spreizung und Ausdifferenzierung der innere Zusammenhalt, die soziale Kohäsion der Stadtgesellschaft verloren?

## **2. Stadtgesellschaft im Spannungsfeld von Integration und Segregation**

Im Münchner Beitrag zum Städtewettbewerb „Stadt 2030“ hat das Verhältnis von Autonomie und Integration eine Schlüsselstellung inne. Der Begriff der Autonomie erinnert daran, dass die demokratische Entwicklung der Stadtgesellschaft historisch das freie, selbstbestimmte Individuum, den emanzipierten Bürger (Citoyen) voraussetzt. Autonomie, Emanzipation und Selbstbestimmung sind Leitbegriffe einer Epoche, die den Individualismus als Grundlage urbaner Lebensformen interpretiert und in ihm die Voraussetzung für die sozialökonomischen und kulturellen Entwicklungen und für Gemeinschaftsfähigkeit in den urbanen Zentren sieht.

Voraussetzungen systemischer Integration der Stadtgesellschaft sind ein funktionierender Arbeitsmarkt, ein Sozialstaat und entsprechende gesellschaftliche Institutionen (Häußermann/Siebel 2001: 7). Diese werden allerdings in ihrer Funktionsfähigkeit heute durch supranationale Einflüsse, die Globalisierung sowie den wirtschaftlichen und politischen Strukturwandel immer mehr ausgehebelt. Die Großstädte drohen ihre Integrationsfähigkeit zu verlieren. Ihnen werden Zuständigkeiten und Ressourcen genommen und zugleich neue Lasten aufgebürdet.

Soziale Kohäsion wird als ein auf Dauer angelegter, behutsamer und relativ stabiler Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger untereinander sowie als deren Bindung an ihre Stadt verstanden (vgl. BerlinStudie 2000: 115). Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Zentrifugalkräfte die sozialen Bindungs- und Integrationskräfte der Stadtgesellschaft München überstrapazieren könnten, etwa durch die zunehmende Polarisierung in Arm und Reich, durch die Ausgrenzung von Gruppen aus dem Arbeitsmarkt, durch verschärfte soziale Konflikte zwischen den Generationen oder durch ethnische und soziokulturelle Konflikte zwischen Migranten(gruppen) und der einheimischen Bevölkerung.

### *Die „Europäische Stadt“ als Sozialmodell?*

Europäische Städte werden von Gemeinsamkeiten und Unterschieden geprägt. Sie entstanden durch Zuwanderung und sind durch das Zusammenleben von Fremden charakterisiert. Ihre kulturelle und soziale Heterogenität ist ein Definitionsmerkmal von Urbanität (Häußermann/Siebel 2001: 5), die möglichst konfliktfreie Organisation der Koexistenz unterschiedlicher Lebensweisen auf engem Raum eine der Hauptaufgaben von Stadtpolitik. Die „urbane Lebensweise“, mit der sich die Stadtbewohner auf die Bedingungen der Großstadt eingestellt haben, verbindet ein distanzierendes, gleichgültiges („blasiertes“, wie es Simmel [1903/1984] nennt) Sozialverhalten im öffentlichen Raum mit einer wohnungsbezogenen individualisierten Privatsphäre und mit personenbezogenen Sozialkontakten in raumübergreifenden informellen Netzen. Zugleich steht das Modell aber auch für Gemeinwesenorientierung als einer Grundbedingung menschlichen Lebens, die Tönnies auf die „grundlegenden Verhältnisse wechselseitiger Bejahung“ ihrer Mitglieder zurückführt (Tönnies 1887/1991). Elias macht die entwickelten Kulturen menschlichen Zusammenlebens maßgeblich an ihrer spezifischen lokalen Kommunikation fest (Elias 1992).

Historisch ist die Europäische Stadt ein Modell für Inklusion und Exklusion zugleich, ein Abbild der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, in denen mal die Ausschlusskräfte, mal die integrativen Kräfte dominieren. Insofern ist die Europäische Stadt kein Modell für gesellschaftliche Integration par excellence, sondern eines, in dem Individualisierung und Vergemeinschaftung gleichzeitig stattfinden und – im günstigen Falle – Integration durch soziale Teilseparation und teilträumliche Segregation erfolgt.

München – prototypisch für die Europäische Stadt – hat längst die kommunalen Grenzen einer territorial definierten Gebietskörperschaft überschritten. Es ist eine stadtreionale Einheit von Stadt und Umland geworden. Die Münchner StadtRegion als Ganzes ist nun der Ort, mit dem man sich identifiziert; sie bietet die Arena, in der das Alltagsleben stattfindet. „Man kann sich zugleich der dörflichen Siedlung, in der man wohnt, dem Zentrum, das der Region den Namen gibt, und dem Kultur- und Landschaftsraum zugehörig fühlen. Der Gesamtzusammenhang erschafft – zumindest im Raum München – die Identität“ (Krau 2002: 2). Lokale Politik zur Gestaltung des Gemeinwesens wird in ihrer Wirksamkeit erheblich eingeschränkt, weil ihre Klientel, die Stadtgesellschaft, zur „Regionsbevölkerung“ mutiert ist und als solche nur noch eingeschränkte einzelgemeindliche Bindungen aufweist.

### 3. Hält der „soziale Kitt“ der Münchner Stadtgesellschaft?

Ist das Auseinanderfallen der Stadtgesellschaft zwangsläufig, oder gibt es Tendenzen, die dem entgegenlaufen? Mit welchen Leitbildern, Modellen und Maßnahmen kann dem Erlahmen der sozialen Bindekräfte entgegengewirkt werden?

Wenngleich die regionale Münchner Entwicklung in zunehmendem Maße nationalen und internationalen Einflüssen und Entscheidungen unterliegt, gibt es dennoch lokal-regionale Entscheidungs- und Handlungsspielräume. Im Folgenden werden Entwicklungen im Generationenverhältnis, auf dem Arbeitsmarkt, im Verhältnis von Arm und Reich, von Lebensstilen, im Migrationsverhalten und in der Rolle von Familien skizziert, im Hinblick auf ihre Relevanz für die soziale Kohäsion der Stadtgesellschaft bewertet sowie jeweils Ansätze für integrative Maßnahmen vorgeschlagen.

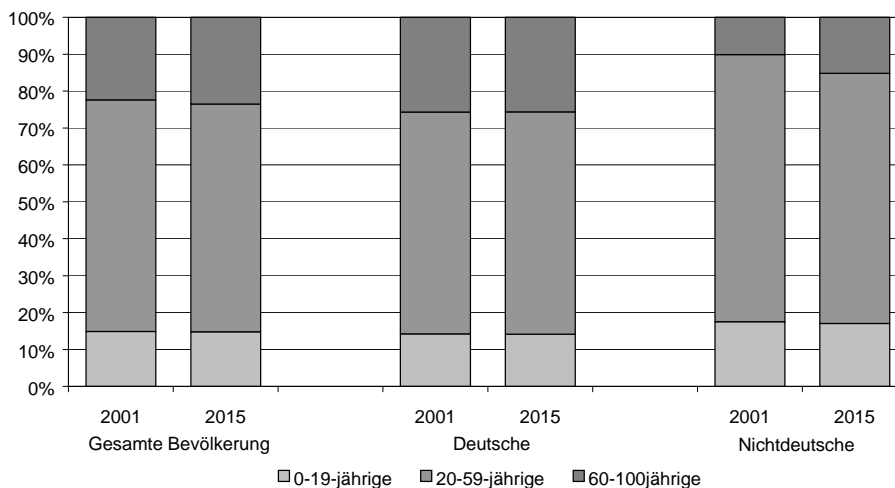
#### 3.1 München wird älter – droht ein Generationenkonflikt?

In der Region München zeigt sich die Alterung der Gesellschaft gegenwärtig nicht so deutlich wie in Gesamtdeutschland. Bis 2015 wird die Kernstadt München nur geringfügig auf 1,423 Millionen Einwohner anwachsen. Der Zuwachs von 30 000 Personen wird zu zwei Dritteln auf die Gruppe der über 60-Jährigen entfallen, vor allem auf die der über 60-jährigen Ausländerinnen und Ausländer. Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird sich im Prognosezeitraum nur geringfügig verändern (Bevölkerungsprognosen 2002: 13/14). Der Zuzug jüngerer, ausbildungs- und erwerbsorientierter Menschen aus dem In- und Ausland bremst die gesellschaftliche Alterung in München. Das Zahlengewicht der Generationen wird sich dort – wenn auch moderat – weiter auf die älteren und alten Menschen verlagern (vgl. Abbildung 1).

Das bislang disproportionale Geschlechterverhältnis der älteren Generationen zueinander wird sich in den nächsten Jahren wieder angleichen. Männerjahrgänge werden in das Ruhestandsalter eintreten, die nicht mehr kriegsbedingt dezimiert sind. Insofern wird es wieder mehr ältere Paare und weniger alleinlebende ältere Frauen geben. Zugleich zeichnen sich veränderte Muster einer altersmäßigen Segregation ab. Nicht mehr die Innenstadtrandgebiete wie noch in den 60er- und 70er-Jahren sind die Refugien der vier „A“ (Alte, Arme, Ausländer, Arbeitslose). Nach den Sanierungs- und Privatisierungswellen wurden diese Quartiere bevorzugte Wohngebiete einer erwerbs- und konsumorientierten Schicht zumeist jüngerer, besser verdienender Urbanisten (Gentrifikation). Die vorherigen Bewohner wurden an periphere städtische Wohnstandorte im Münchner Südosten (Neuperlach), Norden (Hasenberg, Feldmoching), Westen (Neuaubing) oder auch teilwei-

se ins Umland gedrängt. Die Entmischung von bislang sozial relativ durchmischten Stadtquartieren dürfte bei einer stärkeren Arbeits- und Einkommenspolarisierung weiter voranschreiten und die Desintegrationstendenzen verstärken.

Abbildung 1: Bevölkerungsprognose für die Landeshauptstadt München bis 2015 – Altersstruktur



Quelle: Bevölkerungsprognosen (2002: 12).

Mit dem Wegzug von Familien, älteren Paaren und Einzelpersonen (Raus aus der Stadt? 2002) und mit der natürlichen Alterung von langjährigen Bewohnern wird der Alterungsprozess im Umland stärker zu spüren sein. Die Neubaugebiete der 60er- und 70er-Jahre am Stadtrand Münchens und in den Gemeinden im Umland haben bereits heute teilweise den Charakter von Altersiedlungen angenommen. Der Eigenheimbesitz, auch als wirtschaftliche Alterssicherung gedacht, könnte sich für den verbleibenden Lebenspartner immer öfter als Bürde erweisen, wenn sich die Nachfrager- und Käufer-schicht aufgrund der Zahl (weniger Geburten), der Kaufmotive (weniger Familiengründungen) oder der Zuzugsmotivation (nachlassende Attraktivität des Großraums München als Erwerbsstandort) dezimieren wird, was alte Menschen nötigt, länger als beabsichtigt in zu großen, von ihnen nicht mehr zu bewirtschaftenden Häusern zu verbleiben (Hetzler/Palan 2004: 116 ff.).

Die Alterung der Gesellschaft wird sich auch in Veränderungen des Konsumverhaltens, in Geschmackspräferenzen, in Werthaltungen und der öffentlichen Moral sowie im Arbeitsverhalten niederschlagen. Die Innovationskraft in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung wird möglicherweise

nachlassen. Unternehmer werden weder in der eigenen Familie noch extern geeignete Nachfolger finden. Die Verweildauer von Personen in privaten und öffentlichen Leitungsfunktionen wird zunehmen (Sinn 2002: 25). Ob sich der moderate Alterungsprozess der Münchner Stadtgesellschaft auch in Zukunft fortsetzt, wird davon abhängen, inwiefern die Bildungseinrichtungen und der regionale Arbeitsmarkt auch künftig in größerer Zahl jüngere Menschen anzuziehen vermögen. Dies wird sich auf die Alterung nur auswirken, wenn sich ihnen vor Ort eine dauerhafte berufliche Bleibeperspektive bietet.

Ein sozial desintegrativ wirkender Generationenkonflikt wird nur zu vermeiden sein, wenn die Erwerbsgenerationen wirtschaftlich und sozial entlastet werden und den älteren und alten Menschen Lebensperspektiven jenseits der beruflichen Altersgrenze geboten werden. Noch nie gab es so viele alte Menschen, die vermögend, gebildet, gesund und zeitlich unabhängig waren, wie heute. „Eine alternde Gesellschaft bedeutet nicht nur Last, sie kann auch als Chance begriffen werden“ (Dettling 2003: 24). Gerade für die jüngeren Alten bilden nachberufliche Tätigkeiten einen Teil ihrer Lebensqualität. Und für eine solidarische Stadtgesellschaft ist das brachliegende Wissens- und Erfahrungspotenzial der älteren Menschen unverzichtbar.

Die eigentlichen Integrationsleistungen werden im unmittelbaren Zusammenleben von Alt und Jung erbracht. Die im Rahmen des Münchner „Stadt 2030“-Projekts durchgeführten Quartiersforen haben gezeigt, dass dieses Thema die Menschen stark beschäftigt. Die meisten älteren Menschen wollen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben; Familien benötigen vielfältige Entlastungen etwa durch Betreuung von Kindern. Hier könnte eine kommunal moderierte Einrichtung von Betreuungspools im Sinne von Tauschbörsen für Betreuungsleistungen greifen, die von Jung und Alt eingebracht und zu anderer Zeit wieder abgerufen werden könnten – ein „Generationenvertrag“ auf Quartiersebene. Auf den Quartiersforen wurden das Mehr-Generationen-Haus, Großelterndienste, Seniorenprojekte in Schulen und Kindergärten, Expertendienste für Senioren und soziale Patenschaften als weiterführende Bausteine eines sozialintegrativen Austauschs zwischen den Generationen diskutiert (Quartiersforum Aubing 2002a), die die heute angebotenen Hilfen teils ergänzen, teils substituieren könnten.

### *3.2 Funktioniert die „Integrationsmaschine Erwerbssystem“ noch?*

Für die gesamte Region München wird bis 2015 ein Anstieg der Erwerbstätigen um 6,7 Prozent auf 1,323 Millionen erwartet, der sich vor allem im Umland und kaum in der Stadt München niederschlagen wird. Dabei verschiebt sich das Gros der Beschäftigung weiter zu Lasten des Produzierenden Sektors (- 16 Prozent) auf den Dienstleistungssektor (+ 15 Prozent). In

München werden langfristig nur die privaten und haushaltsnahen Dienstleistungen Beschäftigungsgewinne verzeichnen können (vgl. Tabelle 1).

Die Krise der Erwerbsarbeit trifft besonders die nachwachsende Generation (Shell-Studien 1997 und 2002). Im Gegensatz zu früheren Generationen sehen sich Jugendliche heute mit einer sich ihnen gegenüber verschließenden Arbeitswelt konfrontiert, viele finden keine qualifizierenden Ausbildungsplätze. Die kulturelle Basissozialisation in der Phase des Heranwachsens „ist extrem gefährdet, wenn die Integration durch und in Arbeit nicht mehr funktioniert“ (Keupp 2001: 15). Der Arbeitsmarkt büßt seine integrative Funktion für die urbane Arbeitsgesellschaft ein.

Tabelle 1: Erwerbsprognose für die Landeshauptstadt München bis 2015

	1998	2015	Veränderung	
			absolut	In %
<i>Land- u. Forstwirtschaft</i>	4.180	3.500	- 680	- 16,3%
<i>Produzierender Sektor</i>	175.790	140.440	- 35.350	- 20,1%
Energie, Wasser, Bergbau	11.010	9.190	- 1.820	- 16,5%
Verarbeitendes Gewerbe	139.560	110.990	- 28.570	- 20,4%
Baugewerbe	25.220	20.260	- 4.960	- 19,6%
<i>Dienstleistungssektor</i>	605.110	653.870	+ 48.760	+ 8,1%
Handel	103.050	92.360	- 10.690	- 10,3%
Verkehr und Nachrichten	32.770	24.020	- 8.750	- 26,7%
Kreditinstitute und Versicherungen	58.460	56.980	- 1.480	- 2,5%
Private Dienstleistungen	291.480	357.340	+ 65.860	+ 22,6%
Organisationen ohne Erwerbsscha- rakter, private Haushalte	55.040	61.130	+ 6.090	+ 11,6%
Gebietskörperschaften, Sozialversi- cherung	64.310	62.040	- 2.270	- 3,5%
Insgesamt	785.080	797.810	+ 12.730	+ 1,6%

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2001.

Die kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in München hat die Risiken des Wirtschaftsstandorts München erkannt. In ihrem wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Konzept wird auf die sich erschwerenden nationalen und internationalen Rahmenbedingungen des nach wie vor prosperierenden Standorts hingewiesen (Konzept 1999). Integraler Bestandteil ist das „Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm“ (MBQ), mit dem vielfältige Initiativen und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt (AFI) – von der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Ausgrenzung über die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, die berufliche Förderung von Jugendlichen bis zur Förderung der Selbständigkeit – nicht zuletzt zur Wahrung des sozialen Friedens angeboten und durchgeführt werden. Doch trotz der Vielzahl der Maßnahmen, die im Wesentlichen die Anpassung an den Strukturwandel unterstützen, bleiben die Möglichkeiten der direkten kommunalen Einflussnahme auf das Erwerbssystem begrenzt. Zudem erweist es sich als immer prekärer, dass es im



Wirtschaftsraum München keinen einheitlichen regionalen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Akteur gibt, der als regionaler Ansprechpartner und Gegenüber der Wirtschaft und als solidarischer Interessenwahrer auftreten könnte.

Auf den Quartiersforen wurden als wichtig erachtete Bereiche einer Zukunftsperspektive für Wirtschaft und Arbeit umrissen, etwa dass das Arbeitsvolumen zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen gerechter aufgeteilt wird; dass eine gesellschaftliche Neubewertung von Erwerbsarbeit und anderen Formen der Arbeit (z.B. Eigenarbeit; Heinze/Keupp 1997: 36) vorgenommen wird; dass Tätigkeiten und Branchen der lokalen Wirtschaft mit relativ geringer Wertschöpfung geschützt werden; dass einer Wirtschaftsethik zum Durchbruch verholfen wird, die der Ökonomie eine dienende Rolle zuweist (vgl. Dokumentation 2. Quartiersforum Aubing 2002b).

Die Vorschläge sehen unter anderem die Gewinnung und Einbeziehung der lokalen Wirtschaftsakteure in die Stadtteilentwicklung vor. Angesichts der Tatsache, dass Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe häufig einen Teil ihrer Beschäftigten aus dem Stadtbezirk rekrutieren und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zum großen Teil auf den lokalen Bedarf ausgerichtet haben, wird ihnen auch eine Verantwortung für die wirtschaftliche Situation vor Ort beigemessen. Durch den Aufbau von lokalen Partnerschaften und neuen Finanzierungsmöglichkeiten zwischen privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Akteuren – *Public-private-partnership* – ließen sich ein Know-how-Austausch, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung des öffentlichen Umfeldes erreichen. *Social Sponsoring* von Stadtteilprojekten durch die lokale Wirtschaft schafft Vertrauen und Bindungen zwischen Förderern und Nutznießern.

### 3.3 Wissen und Kreativität – Ressourcen stadtgesellschaftlicher Integration?

Auch der Bildungsbereich ist eine wichtige Ebene, auf der Integration systematisch stattfinden kann – allerdings nicht muss. Unter anderem haben die Ergebnisse der PISA-Studie (PISA 2001) gezeigt, dass das Bildungssystem auch dazu neigt, bereits frühzeitig Ungleichheit und Desintegration zu produzieren. Die Bedeutung von Wissen und Kreativität als fundamentalen Kulturtechniken erweist sich als Triebkraft bei der Entwicklung zur Wissensgesellschaft. In einer „Hochburg des Wissens“ wie München wird sich diese Bedeutung noch steigern. Gleichzeitig wird aber die Integrationsfunktion von Wissenserwerb (und damit auch von Bildung) eine noch brisantere Rolle erhalten. Der Umgang mit Wissen wird eines der wichtigen Felder gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung der nächsten Jahrzehnte sein (Stehr 2003). Stichworte wie PISA, Innovationsoffensive, Eliteuniversitäten und

*brain drain* (Bovensiepen 2003) zeigen, dass Wissenserwerb und Wissensvermittlung den internationalen Wettbewerb wesentlich bestimmen. Die Entwicklung lässt in den nächsten Jahren eine Neubestimmung im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Allgemeinen und zwischen Wissenschaft und StadtRegion im Besonderen erwarten.

Die infrastrukturelle Ausstattung der Stadtregion München mit Wissensseinrichtungen hat hohes Niveau. Als Sitz des Europäischen Patentamts, des Deutschen Patent- und Markenamts, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft, zweier Universitäten und weiterer (Fach-) Hochschulen, öffentlicher und privatwirtschaftlicher Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie als traditioneller, fachlich differenzierter Schulstandort sind München und seine Region eine „Hochburg der Wissenschaft“ (Greif/Schmiedl 2002) und der Wissensvermittlung. Unter den Bedingungen der Globalisierung und der Krise der öffentlichen Haushalte kommt es darauf an, diese Wissensinfrastruktur als Gesamtsystem zu begreifen und zum Gegenstand einer lokal-regionalen Wissenspolitik zu machen, die sich nicht nur an der tradierten Wissens- und Bildungsinfrastruktur orientiert, sondern Raum für innovative Formen der Wissensvermittlung und von Wissensinfrastruktur schafft.

München hat den Ruf, neben einer Hochburg des Wissens und der innovativen Pädagogik auch ein Ort der Künste und ein „Kreativitätszentrum“ zu sein. Die „kreativen Alltagsmilieus“ und das „Lebenskünstlertum“ müssen erhalten, entwickelt und gestärkt werden. Andernfalls verliert die StadtRegion Ambiente, Charme und den „Hefeteig“ der Subkultur, aus denen kreatives Leben entstehen kann. Auf dieser Grundlage sollte die Stadt zusammen mit der Region ein fachlich übergreifendes Konzept einer „Europäischen Innovationsregion“ entwickeln, in der Wissen und Kreativität zu einem „Kreativitätsmotor“ zusammengeführt werden. In einem ersten Schritt geht es um die sorgfältige Standortanalyse, die die Qualitäten „kreativer Milieus“ auf allen räumlichen Maßstabsebenen ermittelt und Ansatzpunkte für neue, Wissen und Bildung vermittelnde und Kreativität begünstigende Netzwerke, Investitionsvorhaben und Freiräume ausfindig macht.

München hat mit dem Stadtbezirk „Maxvorstadt“ ein Quartier, in dem die urbanen Ligaturen Wissen und Kreativität außerordentlich begünstigen. Die Verlagerung von Teilen der Technischen Universität und der Universität an stadtperiphere Standorte leitete eine neue Phase der räumlichen Konstituierung des Wissenssektors ein (Memorandum 1998: 4). Dabei wird offensichtlich ein Verlust an urbaner Qualität in Kauf genommen. Andererseits werden die universitären Standortverlagerungen nachträglich dadurch begünstigt, dass sie nunmehr in die Achse Landeshauptstadt München – Flughafen München II einbezogen wurden.

Mit dem Teilauszug der Universitäten aus der Stadt geht eine erhöhte Verpflichtung der Wissenschaft einher, Wissen als gesellschaftlichen Integrationsfaktor für das urbane System zu erschließen und zu nutzen. Es geht darum, auf allen räumlichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Gruppen Wissbegierde und Kreativität zu entfachen. Dabei muss es das Ziel sein, Wissen verhindernde und Gewalt fördernde Strukturen zu brechen und auf Kommunikation und Kooperation angelegtes Verhalten einzuüben. Hier gibt es eine Bringschuld der Wissenschaft. Um diese abzutragen, wird aus dem Projekt „Zukunft München 2030“ dazu die Gründung einer „Europäischen Akademie für Ethikfragen der Wissenschaften“ in München vorgeschlagen.

### *3.4 Wie viel Armut und wie viel Reichtum verträgt die Stadtgesellschaft?*

Innerregional konzentriert sich Armut auf die Stadt München, hier liegt sie um das Dreifache höher als im Umland. Rund 146 300 Personen gehören in München zur Armutsbevölkerung (Armutbericht 2002: 27), 11 von 100 Personen gelten somit als arm. Seit den 80er-Jahren hat die Armutsbevölkerung stetig zugenommen. Betroffen sind überdurchschnittlich viele Nicht-deutsche, vor allem alte Migrantinnen, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Kinder.

Die größte Armutsdichte weisen die Stadtrandgebiete Feldmoching und Hasenberg im Norden sowie Ramersdorf und Neuperlach im Südosten Münchens auf. Trotz der Armutszunahme liegt die besondere Spezifik Münchens darin, dass die soziale Polarisierung weniger in einer wachsenden Verelendung von einkommens- und sozial armen Schichten besteht. Vielmehr beruht die soziale Polarisierung vor allem auf einer wachsenden Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den bereits einkommensstarken und wohlhabenden oberen Mittel- und Oberschichten, die im Raum München schneller reich werden als anderswo (Armutbericht 2002; Heinz-von Löbbecke 1999: 87).

Die Einkommenspolarisierung dürfte voranschreiten, selbst und gerade wenn die wirtschaftliche Prosperität der Region München nachlassen sollte, gleichzeitig aber die Ausgleichsmechanismen kommunaler Sozialpolitik immer weniger greifen werden. Zusätzlich betroffen vom wachsenden Armutsrisiko dürften vor allem Menschen aus den Sozialmilieus aufstiegsorientierter Arbeitnehmer bis in Mittelschichten hinein sein, während ein geringerer Teil der oberen Mittelschichten zu den vermögenden Schichten aufsteigen dürfte.

Der Armuts- und Reichtumsentwicklung kann nur bedingt kommunal begegnet werden. Im Hinblick auf die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts dürfte auch eine integrierte kommunale Sozialpolitik die gesell-

schaftlich polarisierenden Wirkungen der Reichtumsentwicklung und Vermögensverteilung nur marginal kompensieren.

### *3.5 Führen soziale Ungleichheit und Pluralisierung von Lebensstilen zur sozialen Desintegration?*

Wachsender materieller Wohlstand, aber auch die Anforderungen der modernen Arbeitswelt in Richtung mehr Deregulierung und Flexibilisierung fördern den Trend zur Individualisierung. Umstritten ist die Ansicht, inwieweit dies den Menschen vor allem in urbanen Lebenszusammenhängen gestattet, ihr Alltagsleben relativ unabhängig von ihrer Klassen- und Schichtzugehörigkeit und ihrer sozialen Lage zu gestalten (Klee 2001: 52 ff.; Beck 1986: 121 ff.). Alter, Geschlecht, Bildung und Erwerbstätigkeit sind bedingende Faktoren dafür, welchem sozialen Milieu Menschen zugeordnet werden können. Der Trend zur Individualisierung, verbunden mit einem gewissen Maß an wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit, fördert die Ausprägung unterschiedlicher Lebensstile (Hradil 2001: 46). Lebensstile sind „Muster der Lebensführung, die von ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Individuen (...) und zugleich von medienvermittelten Lifestyle-Images geprägt werden. Sie sind nicht nur sozialstrukturell verankert, sondern können in bestimmten Grenzen auch durch Selbststilisierung angeeignet werden, zumal Lebensstilmerkmale soziale Distinktionsfunktionen haben und mitunter den Zugang zu Berufskarrieren beeinflussen“ (Krätke 2001: 3). Ähnliche Sinnvorstellungen und die Adaption von Vorbildern führen dazu, dass sich Menschen in Lebensstilgruppen finden, die Gemeinsamkeiten in ihrer Lebensgestaltung aufweisen. Diese Lebensstilgruppen sind auf die Person bezogen häufig nicht von Dauer oder stabil, sondern wandeln sich in den verschiedenen Lebenszyklusphasen.

Im urbanen Zusammenhang der Großstadt lassen sich zahlreiche Lebensstile als Alltags-Kulturen (Krätke 2001: 3) identifizieren, etwa globale, medial vermittelte „Jugend-Kulturen“ oder „Wohlstands-Kulturen“. Alle differenzieren sich wiederum in zahlreiche Varianten aus, letztere etwa in die „Young Urban Professionals“, „New Urban Professionals“ oder „DINKs“ (Double Income No Kids), in die so genannten BoBos (Bourgeois-Bohemien; Brooks 2002) oder die Eliten der globalen Finanzgeschäftswelt (Noller 1999).

Bei der Debatte um Individualisierung, soziale Milieus und Lebensstilgruppen in der Münchner Stadtgesellschaft ist daran zu erinnern, dass die Möglichkeiten individualisierter Lebensführung und die Herausbildung individualistischer Lebensstile in hohem Maße von der hinreichenden Verfügbarkeit materieller Ressourcen und/oder Zeit abhängen. Insofern bietet der Raum München gute Voraussetzungen.

Die neuen Arbeitsverhältnisse verlangen und fördern einen Typus von Beschäftigten, der sich schnell an neue Bedingungen anpasst. Sie fördern ein Sozialverhalten, das Durchsetzungswillen und Eigennutz belohnt, und stellen insbesondere jene Charaktereigenschaften infrage, „die Menschen aneinander binden und dem Einzelnen ein stabiles Selbstwertgefühl vermitteln“ (Sennett 1998/2000: 38).

Dies schafft Affinität zu jenen Gruppen, die sich als Eliten der globalen Märkte verstehen und deren Handlungslogik das Leistungsprinzip durch das Erfolgsprinzip ersetzt hat. Diese Märkte „kreieren das Leitbild des schnellen und mühelosen Erwerbs von Reichtum und Ruhm, das in unteren Schichten und in der jüngeren Generation als Hoffnung auf die plötzliche Entdeckung in Medien-, Mode- und Pop-Kultur, als Schicksalsglaube über sozialen Aufstieg und als moderne Magie medialer Glücksspiele die Alltagskultur durchtränkt“ (Neckel 2000, zit. b. Krätke 2001: 5). Zu diesen selbst-erklärten wirtschaftlichen Eliten und soziokulturellen Avantgarden rechnen sich auch Vertreter der inzwischen entmystifizierten multimedialen *new economy*, die sich von der „alten“ Wirtschaft emanzipiert wähn(t)en und in deren Weltansicht auch sozialdarwinistische Vorstellungen verwoben sind.

Die Tatsache, dass sich unterschiedliche soziale Milieus ausdifferenzieren und sehr individualistische Lebensstile ausgeprägt haben, wird häufig als Anzeichen dafür gewertet, dass Münchens Stadtgesellschaft auf dem Weg zu einer von Egoismus und Narzissmus geprägten „Ellenbogengesellschaft“ ist.

Individualisierung hat aber einen Doppelcharakter; sie ermöglicht zum einen sozial autonomes Verhalten, verbreitet aber zum anderen auch soziale Verunsicherung (vgl. Beck 1993: 149 ff.). In der Bildung von Lebensstilgruppen ließe sich – in Analogie zu Segregationstendenzen sozialer oder ethnischer Minderheiten – möglicherweise auch die Funktion von „Schutzräumen“ und sozialen Enklaven erkennen. Diese sozialen Enklaven bieten die Möglichkeit zur Selbstinszenierung und Selbstbestärkung von Mitgliedern in ähnlichen wirtschaftlichen oder soziokulturellen Lebenslagen. Insofern ließen sich Lebensstile auch als zeitliche Durchgangsstationen einer Alltagskultur interpretieren, der man sich aussetzt und in der man sich ausprobiert.

### *3.6 Fördern individualistische Lebensstile die Entsolidarisierung der Stadtgesellschaft?*

Es ist fraglich, ob im Umsichgreifen individualistischer Lebensstile ein eindeutiger Trend für eine dauerhafte Schwächung der sozialen Kohäsion der Stadtgesellschaft gesehen werden kann. Die unterschiedlichen Lebensstile stehen in mehr oder minder engem Bezug zu den Änderungen in der Arbeitswelt. Individualisierung als gesellschaftlicher Trend zu einer größeren

Vielfalt von Lebensstilen und Alltagskulturen findet dort seine Grenzen, wo diese gegenüber den veränderten Anforderungen von Arbeitsteilung und Kooperation dysfunktional werden. Ab einem bestimmten Grad heterogener Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen wird Kooperation wieder bedeutsam. Als etwa die „Dotcom-Blase“ platzte, erinnerten sich zahlreiche von Entlassung bedrohte, bislang (schein)selbständig Beschäftigte in Münchner IT- und Medienunternehmen wieder an die Möglichkeiten kollektivrechtlicher Interessenvertretung, in der man bis dahin ein Relikt der industriekapitalistischen Arbeitswelt gesehen hatte. Solche Entwicklungen könnten durchaus als Indiz dafür gesehen werden, dass auch bei zunehmender Individualisierung soziale Werthaltungen wie Gemeinschaftlichkeit und freiwillige Gemeinschaftsfähigkeit wieder erstrebenswert werden: „Individualisierung entzieht Gemeinsinnorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden, wie oft unterstellt wird, sondern schafft andere Voraussetzungen dafür“ (Heinze/Keupp 2001: 107).

### *3.7 Gefährdet Migration den sozialen Zusammenhalt?*

Wie bei allen Großstädten beruht auch Münchens Wachstum auf einer kontinuierlichen Zuwanderung – seit mehreren Jahrhunderten. München als Stadt der Wissenschaft, der Forschung, der Kultur und der Künste mit deren Affinität zu Italien und Griechenland wäre ohne den Austausch von Menschen aus diesen südeuropäischen Ländern nicht denkbar.

Erst seit dem „Gastarbeiter“-Zuzug stellen Migrantinnen und Migranten einen relevanten Anteil an der Stadtbevölkerung. Heute hat fast jeder vierte Münchner Einwohner Ausländerstatus (23 Prozent). Bei einer faktisch stagnierenden Einwohnerzahl kompensiert der Zuzug aus dem Ausland die sinkende Zahl der deutschen Bevölkerung. Ein Großteil der Migranten kommt aus Süd-, Südost- und zunehmend Osteuropa sowie vermehrt aus nichteuropäischen Ländern.

Auch im Raum München weisen die Migrantenhaushalte pauschal betrachtet die auch von anderswo bekannten Unterschiede zur übrigen Bevölkerung auf. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in München zahlreiche ausländische Personen aus sozial gehobeneren Schichten leben, die etwa als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Unternehmen oder zu Ausbildungs- und Studienzwecken nach München kommen (Vogler-Ludwig 2002: 16).

Als weitgehend geglückt kann die Integration der ersten Generationen der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien in die Münchner Stadtgesellschaft gelten (Reiß-Schmidt/Tress 2000: 210), wenngleich Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Herkunftsländer bestehen. Hier weist die Gruppe der Italiener geringere Integrationserfolge auf als etwa die der Spa-

nier, Griechen und selbst Türken (Lebenssituation 1997; vgl. auch Thränhardt 1999: 27). Zum Integrationserfolg haben zum einen der bislang aufnahmebereite und relativ elastische Arbeitsmarkt und zum anderen die dispersen sozialräumlichen Wohn- und Lebensbedingungen Münchens beigetragen. Diese begünstigten eine eher kleinteilige Segregation in sozial unterschiedliche Quartiere, die aber keine der sonst typischen Sozialghettos entstehen ließ. Die sozialräumliche Segregation ist, bei allen sozialen Differenzierungen in der Region München und insbesondere in der Kernstadt, im Vergleich zu anderen Stadtregionen geringer ausgeprägt und weniger konfliktrichtig (Lebenslagen 1997: 13/14; Reiß-Schmidt/ Tress 2000: 211).

In der Zukunft könnten die Integrationserfolge von Migranten in die Münchner Stadtgesellschaft deutlich schlechter ausfallen. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, bei den Wanderungsradien und Wanderungsmustern lassen andere Migrationsfolgen erwarten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund von EU-Erweiterungen und fortschreitender Globalisierung (Vogler-Ludwig 2002: 58).

Nichtdeutsche werden an der Erwerbsentwicklung nur bedingt partizipieren. Während sich der Migrantenanteil an den Beschäftigten in den beiden einzigen Branchen, in denen bis 2015 überhaupt ein Beschäftigungswachstum erwartet wird – den privaten Dienstleistungen und den privaten Organisationen oder Haushalten –, etwa verdoppeln wird<sup>3</sup>, nimmt er in den Fertigungs- und sonstigen Branchen überproportional ab. Damit tut sich eine Schere auf zwischen den höher qualifizierten nichtdeutschen Beschäftigten, die für die neuen Arbeitsplätze zum Teil direkt in ihren Heimatländern rekrutiert werden dürften, und der vor Ort lebenden Migrationsbevölkerung, von denen ein Teil ihre zumeist un- oder angelernten beruflichen Tätigkeiten verlieren wird (Jahreswirtschaftsbericht 2001; Vogler-Ludwig 2002: 58). Ihre Zahl dürfte sich weiter erhöhen aufgrund zu erwartender Zuwanderung aus Niedriglohn-Ländern.

Die Migrationsmuster werden sich verändern: Großräumige Pendelwanderung wird zunehmen, die neuen Migrantinnen und Migranten werden weniger sesshaft und die Beschäftigungsverhältnisse weniger dauerhaft sein. Mit erweitertem Migrationsradius nimmt der Anteil von Menschen aus anderen ethnischen Kulturkreisen und aus Bürgerkriegsgebieten zu. Diese Hintergründe der Migration werden nicht integrationsfördernd sein und könnten den erreichten Integrationsstand gefährden.

Eine Schlüsselaufgabe zukunftsweisender Integration wird es sein, Migrantenkindern und -jugendlichen eine schulische und berufliche Perspektive zu bieten. Derzeit wird der größte Teil von ihnen aus den weiterführenden Schulen und den anspruchsvolleren Berufsausbildungsgängen faktisch

---

<sup>3</sup> Insgesamt wird die Ausländerbeschäftigung bis 2015, so wird geschätzt, um 12 000 Arbeitsplätze oder 10,4 Prozent zunehmen (Vogler-Ludwig 2002: 63).

ausgeschlossen, wozu nicht zuletzt beiträgt, dass Kinder aus Migrantenfamilien die deutsche Sprache bei Schuleintritt nur unzureichend beherrschen (Schülerprognose 2001: 30 ff.).

Diesen Desintegrationstendenzen wird bereits heute und in Zukunft verstärkt mit Maßnahmen der integrierten und integrativen kommunalen Politik entgegengewirkt. Das Kulturreferat und insbesondere das Sozialreferat bieten direkt und mittelbar über soziale Einrichtungen und Träger eine Vielfalt an Integrationsmaßnahmen für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger an. Die Integration von Migrantinnen und Migranten dürfte sich künftig erschweren, wenn sich der Anteil jener Zuwanderer erhöht, deren sozialer und religiös-kultureller Hintergrund kaum Berührungspunkte mit jenem der Münchner Stadtgesellschaft aufweist, so heterogen diese in sich auch immer sein mag. Überdies werden die personellen und finanziellen Ressourcen für Ausländerintegrationspolitik im Zuge des Sozialstaatsabbaus schrumpfen. Hier deutet sich ein Konflikt an, der den sozialen Zusammenhalt der Münchner Stadtgesellschaft nachhaltig beschädigen könnte.

### *3.8 Soziale Integration durch eine kinder- und familienfreundliche Stadtpolitik?*

Desintegrationstendenzen sind im stadtgesellschaftlichen Zusammenleben auch mit dem Geburtenrückgang und dem Rollenwandel der Familie verbunden. Nicht die vielfältigen Modelle von Lebensgemeinschaften mit Kindern sind hier das Problem. Sie können so gedeutet werden, dass das Sozialmodell Familie versucht, sich an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen. Vielmehr drücken die sinkenden Geburtenraten aus, dass der gesellschaftliche Modernisierungsprozess der Lebensgemeinschaft mit Kindern keine Zukunftsperspektive bietet.

In der Stadt München – in den Umlandgemeinden sieht es etwas günstiger aus – leben nur noch in 14 Prozent der 714 000 Haushalte Kinder; in zehn Prozent der Haushalte sind die Eltern verheiratet, in 1,2 Prozent bilden sie eine Lebensgemeinschaft und in 2,9 Prozent handelt es sich um einen allein erziehenden Elternteil (Statistisches Amt der Landeshauptstadt München 2001).

Dabei ist der Wunsch nach Kindern weit verbreitet (vgl. Shell-Studie 2002: 58). Doch diese Perspektive geht im Verlauf von Ausbildung und ersten Berufsjahren häufig verloren. Heute konfligiert Familiengründung mit ökonomischen Rationalitäts- und gesellschaftlichen Erfolgskriterien, ebenso mit dem gelockerten Partnerverhalten. Denn die Entscheidung für ein Kind bringt weitreichende soziale und finanzielle Nachteile mit sich. Trotz aller Gleichstellungsbemühungen tragen Frauen bei einer Entscheidung zur Familienbildung die größere Last, und gerade junge Frauen mit besserer Ausbil-



ung sind oft nicht bereit, ihre Karriere der Familiengründung zu opfern, zumal ihr Haushaltsbeitrag die mögliche Einkommensarmut, von der gerade junge Familien häufig bedroht sind, abwenden oder in Grenzen halten kann.

Die Schaffung eines sozialen Klimas, das die Bereitschaft zum Kind fördert, ist eine der zentralen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Lebensgemeinschaften mit Kindern müssen dafür massiv in den Mittelpunkt kommunalen und bürgerschaftlichen Handelns rücken. Angesichts der strukturellen Benachteiligungen geht es um die gezielte und konsequente Besserstellung von Lebensgemeinschaften mit Kindern. Die lokale und regionale Politik ist konsequent kinderfreundlich auszurichten. Dazu bietet sich die Schaffung eines „Münchner Bündnisses für Familie“ als übergreifendes integriertes Gesamtkonzept der öffentlichen und privaten Akteure zur Kinder- und Familienförderung im Raum München an. In dieses Bündnis werden die bereits angebotenen und neu zu entwickelnden Maßnahmen aller relevanten Akteure in Stadt und Region eingebracht.

Eine Schlüsselgröße für ein kindergerechtes Sozialklima liegt in der Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und für Männer, vor allem um Frauen die stärkere und verstetigte Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen. Dazu ist ein umfassender Familienservice aufzubauen, der intelligente Personal- und Arbeitszeitpolitik der Unternehmen mit den Beratungs-, Betreuungs- und Fördereinrichtungen der Kommunen und anderer Träger vernetzt. Auch vor dem Hintergrund eines mittelfristig erwarteten Fachkräftemangels wird die Ermöglichung und Unterstützung gleichberechtigter beruflicher Tätigkeit von Frauen und Männern zu einem Wettbewerbs- und Standortvorteil von Städten und Regionen werden.

Eine integrierte, konsequent kinder- und familienfreundliche Stadtpolitik umfasst vielerlei: eine familiengerechte Wohnungsversorgung in Verbindung mit der Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen (etwa im Rahmen von Mehr-Generationen-Häusern), kinder- und familiengerechte Wohnumfeld- und Stadtgestaltung, kinder- und familiengerechte Schul- und Bildungspolitik, die praxisnah und spielerisch auf das Arbeitsleben orientiert, kinder- und jugendgerechte Mobilitätspolitik, die die Eltern von den alltäglichen Fahrdiensten durch die Stadt entlastet, eine Integrationspolitik, die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen am Gemeinwesen fördert, etwa in Form von Kinder- und Jugendparlamenten, sowie die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten von Kindern, etwa von Eltern- und Senioreninitiativen, Erzählcafés für Jung und Alt, Projekten von alten Menschen in Schulen und Kindergärten, Betreuungsdiensten („Leih-Omas und Opas“) und vieles mehr. Alle wichtigen Massnahmen zur Stadtentwicklung und Bauplanung sollten auf ihre Familienverträglichkeit

hin überprüft werden (Familienverträglichkeitsprüfung/*family impact assessment*).

#### **4. Krise des Sozialstaats, Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement**

Bislang wird die Krise der Arbeitsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates hauptsächlich als eine ökonomische Standortdebatte geführt. Von verschiedenen Autorinnen und Autoren wird die Forderung erhoben, sie auch als soziale Standortdebatte zu führen (vgl. Keupp 2001: 17). Denn die Zukunftsfähigkeit der (Stadt-)Gesellschaft wird sich nicht nur am ökonomischen, sondern auch am „sozialen Kapital“ entscheiden; die Debatte um die Zukunft der Arbeit wird neben der Erwerbsarbeit auch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit – im sozialen Bereich, im bürgerschaftlichen Engagement – als Wertschöpfungsquelle mit einbeziehen müssen.

„Soziales Kapital“ tritt – in ökonomischen Kategorien – neben das Human-, Sach- und Geldkapital. Soziales Kapital meint die „realen Formen von Alltagssolidarität“ (Keupp 2001: 24), die „Produktion positiver vertrauensvoller zwischenmenschlicher Beziehungen“ und die „Formen persönlichen Vertrauens wie auch sozialen Engagements in (kleinen) Gemeinschaften“ (Meier 1996: 12).

Die moderne Gesellschaftstheorie sieht in der Zivil- oder Bürgergesellschaft (*civil society*) die dritte Sphäre neben Staat (der politischen Sphäre) und Markt (der privaten Sphäre). In dieser dritten Sphäre werden die Individuen als freie Bürgerinnen und Bürger und selbstbestimmte Gesellschaftsmitglieder für das Allgemeinwohl tätig, nehmen nach ihren Fähigkeiten Verantwortung für die Gesellschaft wahr, zeigen freiwillig, unentgeltlich und gemeinwohlorientiert bürgerschaftliches Engagement. Mit der Bürgergesellschaft assoziiert man individuell bezogene Begriffe wie Partizipation, Freiwilligkeit, Autonomie, Selbstorganisation, Ungeregeltheit, institutionelle Erneuerung, Vielfalt, Identität, aber auch interpersonelle Bezeichnungen wie Solidarität, Gemeinschaftlichkeit, bürgerschaftliches Engagement, lokale Demokratie und soziale Bewegungen.

Zivilgesellschaftliche Kräfte entwickeln sich meist aus dem Widerstand „von unten“ gegen nicht annehmbare oder als nicht ausreichend empfundene Aktionen „von oben“. Dennoch steht die Zivilgesellschaft weder in Konkurrenz zum Staat, noch ist sie ein Ersatz für den Sozialstaat, noch soll sie Kompensation für die Schwächen der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft schaffen. Mit der Bürgergesellschaft soll auch nicht dem „schlanken Staat“ der Weg geebnet werden, der sich auf ein Minimum an Aufgaben zurückzieht, sondern dem „aktivierenden und unterstützenden Staat“, der mit der

Fülle seiner Ressourcen und Möglichkeiten die Menschen „fördert und fordert“. „Es geht um die Koordination staatlicher, gesellschaftlicher und privater Akteure und die Etablierung von Selbstregulierung und Selbsthilfe, wo immer möglich auch ohne den Staat“ (Jann 2002: 13).

### *Bürgergesellschaft und die Zukunft der StadtRegion München*

Bürgergesellschaft verlangt ein anderes Selbstverständnis der Kommunen im Hinblick auf ihre Aufgaben, Ziele und die Wege, auf denen man die Ziele erreichen möchte. Auf dem „Stadt 2030“-Projektworkshop „Zur Zukunft der kommunalen Sozialpolitik“ in München stellte Dettling klar, dass die öffentliche Verantwortung „künftig nicht nur durch das (wahrgenommen wird), was Kommunen selber tun und bereit stellen, durch ihre Eigenaktivitäten also, sondern auch durch das, was sie anregen und ermöglichen, wie sie die Bürger aktivieren, ob und wie sie in Menschen und Strukturen investieren; nicht nur durch das, was sie den Bürgern bieten, sondern auch durch das, was sie von ihnen erwarten“ (Dettling 2002: 23). Dies kann nur erfolgreich sein, „wenn es gelingt, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen, zu Mit-Akteuren und Mit-Produzenten bei der ‚Schaffung‘ sozialer Güter und Dienste“ (ebd.: 24). Dazu müssen die kommunalen Verwaltungen miteinander kooperieren und sich mit den Akteuren der Stadtgesellschaft in der Region vernetzen.

Dieser Prozess wird von einem Wandel gesellschaftlicher Werthaltungen begleitet sein. Das Streben nach Individualität, Autonomie und Selbstbestimmung wird sich mit einer stärkeren gemeinschaftlichen Einbindung und einer sozialen Vernetzung bürgerschaftlicher Aktivitäten verbinden. Werte wie Solidarität, Gemeinsinn und (lokale) Demokratie erhalten einen neuen, konstituierenden Stellenwert für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

### *Bürgerschaftliches Engagement im Wandel*

Die Motivation für bürgerschaftliches Engagement hat sich geändert. Während Menschen sich früher langfristig einer Organisation verpflichteten, darin ein „Ehrenamt“ übernahmen und „ihrem Verein“ meist ihr Leben lang verbunden blieben, engagieren sie sich heute mehr spontan und mit dem Anspruch, ein Problem in einer überschaubaren Frist zu lösen (vgl. etwa Keupp 2001). Dies reflektiert zum einen die veränderten Lebenslagen, aus denen Engagement entsteht, zum anderen verbinden bürgerschaftlich Engagierte mit ihrem Tun mehr als früher Bedürfnisse nach Eigenverantwortung und Selbstbestimmung (Enquete-Kommission 2002: 2).

Die Bandbreite möglichen und tatsächlichen Engagements ist groß. In München gibt es derzeit etwa 1 400 Freiwilligen-Initiativen in unterschiedli-

chen Bereichen. Etwa 38 Prozent der Einwohner wären bereit, sich freiwillig zu engagieren (Schmid-Urban 2001: 1), 13 Prozent der Einwohner sind bereits engagiert<sup>4</sup> (Bürgerbefragung 2002).

München kann auf eine jahrzehntelange, durchaus erfolgreiche Bürgerbeteiligungspolitik zurückblicken<sup>5</sup>. Verwaltungen und Ämter öffnen sich langsam, Leistungsverwaltungen bündeln ihre Angebote und bieten sie den Bürgerinnen und Bürgern wohnortnah an, etwa im Rahmen von REGSAM<sup>6</sup>. Zur Vorbereitung von Entscheidungen von großer Tragweite wie dem Münchner Stadtentwicklungskonzept „Perspektive München“ und seiner kontinuierlichen Fortschreibung sowie großen städtebaulichen Projekten werden dialogische Prozesse organisiert. In diesen werden Mitgestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Zukunftswerkstätten, Fachforen, Workshops und anderen Beteiligungsformen eingeräumt. Auch das Projekt „Zukunft München 2030“ hat an die vorhandene Münchner Beteiligungskultur angeknüpft und in insgesamt sechs Quartiersforen in drei ausgewählten Stadtbezirken Bürgerinnen und Bürger motiviert, an der Diskussion über längerfristige Zukunftserwartungen, Leitbildvorstellungen und Visionen für die StadtRegion München mitzuwirken. Die Stadt München beabsichtigt, im Rahmen ihres Stadtentwicklungskonzepts „Perspektive München“ oder in Kooperation mit Fortbildungsträgern den Dialog über die Mittel- und Langfristperspektiven der StadtRegion als „Münchner Zukunftsdialog“ fortzusetzen.

### *Anknüpfungspunkte bürgerschaftlichen Engagements in der StadtRegion München*

Die Münchner Stadtgesellschaft ist eine Gesellschaft in der Verbindung, im Widerspruch und im Übergang von Tradition und Moderne. Dies prägt auch ihre Integrations- und Gemeinschaftsfähigkeit:

---

<sup>4</sup> Männer gleichermaßen wie Frauen; Deutsche deutlich mehr als Ausländer; einkommensstärkere, besser ausgebildete Personen mehr als einkommensschwächere und geringer gebildete; die mittleren Generationen mehr als die jüngeren und älteren; die Selbständigen und beruflich engagierten Personen mehr als die beruflich weniger Ausgelasteten; Erwachsene in Haushalten mit Kindern mehr als in Haushalten ohne Kinder (Bürgerbefragung 2002).

<sup>5</sup> Frühe Beispiele für kommunale Unterstützung bürgerschaftlicher Aktivitäten waren die Einrichtung des „Münchner Forums“ für Stadtentwicklungsfragen (Ende der 60er-Jahre), der Freiwilligenagentur „Tatendrang“ (Anfang der 80er-Jahre), des Münchner Selbsthilfezentrums (1985) sowie die Unterstützung zahlreicher Eltern-Kind-Initiativen. 1999 hat der Münchner Stadtrat die Unterstützungsstelle zur „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement“ (FöBE) als Schnittstelle zwischen der Verwaltung, freien Trägern und den Verbandseinrichtungen ins Leben gerufen (vgl. Keupp 2001: 19). Ferner sind zwei Stiftungen eingerichtet worden, die Bürgerstiftung „Zukunftsfähiges München“ und die Stiftung BEST („Bürgerschaftliches Engagement zu Sozialen Themen“). Stiftungszweck ist in beiden Fällen die Förderung bürgerschaftlichen Engagements (Schmid-Urban 2001: 8/9).

<sup>6</sup> **REG**ionalisierung **S**ozialer **A**rbeit in **M**ünchen; zusammen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und privaten Initiativen vor Ort.

- Münchens Erfolg basiert auf enger wirtschaftlicher mit sozialer Kooperation. Soziale Kooperationen werden häufig im Hinblick auf den wirtschaftlichen Erfolg eingegangen.
- Die Prosperität des Wirtschaftsraums München erleichtert die soziale Integration und bietet eher die materiellen Bedingungen zu deren Gestaltung als in anderen Stadtregionen.
- Die Stadtgesellschaft Münchens ist liberal-konservativ geprägt und traditionell stark vernetzt. Neu sich bildende soziale Netzwerke stehen daher immer in der Gefahr der Einvernahme durch die traditionellen Handlungsmuster und -strukturen.
- Münchens Bürgertum nimmt in hohem Maße an den Belangen des Gemeinwesens teil; eine liberale Öffentlichkeit und eine aufmerksame Publizistik wachen über die Einhaltung der „Spielregeln“. Wenn bürgerschaftlichem Engagement in neuen Formen mehr Einfluss auf das Gemeinschaftsgeschehen eingeräumt wird, könnten sich traditionelle Netze direkter Einflussnahme tendenziell bedroht sehen.

Die neuen Entwicklungen zur Herausbildung bürgerschaftlicher Strukturen treffen also auf ein Umfeld, das sie fördern wie auch bremsen kann.

Im gegenwärtigen Zustand bürgerschaftlichen Engagements lässt sich eine Stadtgesellschaft im Übergang erkennen (vgl. Bürgerbefragung 2002: 160). Erstens: Wengleich sich die bürgerschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürger aus zunehmend mehr sozialen Schichten und Gruppen rekrutieren, zeigen sich dennoch vor allem die tradierten mittelschichtorientierten geschlechterspezifischen und sozialen Rollen und Handlungsmuster. Zweitens: Es findet zwar eine Abkehr von den herkömmlichen Formen der Mitwirkung und damit von den traditionellen Institutionen und Organisationen ritualisierter Partizipation (in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Stadtparlamenten, Beiräten usw.) statt, ohne dass schon eine deutliche Hinwendung zum unmittelbaren Bürgerengagement erfolgt.

Wenn die Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, fruchtbar gemacht werden soll, muss dies einen politischen Paradigmenwechsel zur Folge haben, der bürgerschaftlichem Engagement eine stärkere aktiv gestaltende Rolle einräumt. Damit geht lokale Politik aber in der Tendenz einen Konflikt mit den traditionell einflussreichen Gruppen und den institutionalisierten Entscheidern (Parteien, Bezirksausschüsse) ein. Es sind also keineswegs friktionsfreie Bedingungen, auf die bürgerschaftliches Engagement trifft.

Um den Gedanken der Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichen Engagements in der StadtRegion München öffentlichkeitswirksam zu stärken, ist aus der Projektarbeit „Zukunft München 2030“ folgender Vorschlag für eine strategische Ausrichtung bürgerschaftlicher Aktivitäten entwickelt worden:

Die Stadtregion München befindet sich in einer Phase des Übergangs. Sie hat sich zum Vorreiter-Standort einer postindustriellen Produktions- und Wirtschaftsweise entwickelt, die auf der systematischen Umsetzung von Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung beruht und in der *innovativer technischer Prototypenbau* im Zentrum der Entwicklungsarbeit steht. Neben und ergänzend zu dieser Funktion könnte sie sich auch die Rolle einer zivilgesellschaftlichen Vorhut aneignen und sich die Funktion eines stadtgesellschaftlichen „Werkraums“, eines sozialen Labors geben, in dem *soziale Zukunftsmodelle bürgergesellschaftlichen Zusammenlebens* initiiert, ausgelotet, erprobt und umgesetzt werden. München könnte sich zum Impulsgeber für *soziale Innovationen*, zum Experimentierraum für sozialintegrative Zukunftsmodelle profilieren. Der „Münchner Zukunftsdialog“ könnte hierbei die Aufgabe übernehmen, in öffentlicher Diskussion auszuloten, ob diese Ideen tragfähig sind.

Das „soziale Kapital“ erscheint noch keineswegs hinreichend mobilisiert und die Wissens- und Kreativitätspotenziale noch längst nicht erschlossen zu sein, um sie für das Gemeinwesen StadtRegion München und ein „Gutes ZusammenLeben“ der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Dazu bedarf es der Organisation von Gelegenheiten und der Bereitstellung von materiellen und organisatorischen Hilfen und vor allem der Phantasie, Kreativität und Erfahrung vieler Engagierter.

## Literaturverzeichnis

- Armutsbericht (2002): Armutsbericht 2000, hrsg. v. Sozialreferat der Landeshauptstadt München, München.
- Beck, Ulrich (1986): Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main.
- BerlinStudie (2000): BerlinStudie 2000, hrsg. v. Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei, Berlin.
- Bevölkerungsprognosen (2002): Bevölkerungsprognosen 2002 der Landeshauptstadt München. Bekanntgabe vom 4.12.2002, München.
- Bovensiepen, Nina (2003): Neuer Trend bedroht den Standort Deutschland. Firmen verlegen teure Arbeitsplätze ins Ausland, in: Süddeutsche Zeitung, 7.8.2003.
- Brooks, David (2002): Die Bobos. Der Lebensstil der neuen Elite, München.
- Bürgerbefragung (2002): Münchner Bürgerbefragung 2000. Soziale Entwicklung und Lebenssituation Münchner Bürgerinnen und Bürger, München.

- Burkert, Gertraud (2002): Vortrag auf Fachtag ‚Bürgerschaftliches Engagement‘, was es leistet, was es braucht. München, S. 4 ff. (Manuskript).
- Detting, Warnfried (2002): Bürgergesellschaft als Reformperspektive, in: Zukunft kommunaler Sozialpolitik im Spannungsfeld von Sozialstaatsgebot, Marktorientierung und bürgerschaftlicher Verantwortung – Dokumentation des Workshops am 4. Juli 2002, München (Materialien aus dem Projekt Zukunft München 2030), S. 23–26.
- Enquetekommission (2001): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Bundestags-Drucksache, Berlin.
- Elias, Norbert (1992): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen.. 2. Band: Wandlungen der Gesellschaft – Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt am Main.
- Fassbinder, Helga (1997): Die Produktion der Zukunft – Stadtplanung in der Zivilgesellschaft, in: Schmals, Klaus M./Heinelt, Hubert (Hrsg.): Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite und Potentiale, Opladen, S. 197–216.
- Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. 1. Aufl., Berlin.
- Greif, Siegfried/Schmiedl, Dieter (2002): Patentatlas Deutschland, Ausgabe 2002, München.
- Hamm, Bernd (2000): Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell? Vortrag am Internationalen Symposium „Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell?“ am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin, 16.–17. März 2000.
- Heintz-von Löbbecke, Kristina 1999: Armes reiches München. Einkommensarmut und -reichtum (quantitativ und sozialräumlich), dargestellt am Beispiel der Stadt München. Darmstadt. (Diplomarbeit).
- Heinze, Rolf/Keupp, Heiner (1997): Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bochum/ München.
- Hengsbach, Friedhelm (2003): Arbeit – Die Zukunft der Erwerbsarbeit ist Arbeit am Menschen, in: Deufel, Konrad/Wolf, Manfred (Hrsg.): Die Zukunft des Sozialstaats, Freiburg, S. 46–52.
- Hetzer, Jonas/Palan, Dietmar (2004): Die Spur der Steine, in: manager magazin Nr. 1, S. 116–129.
- Hirsch, Joachim (1999): Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in: Jungle World Nr. 24, 9. Juni 1999.
- Hradil, Stefan (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen.
- Jahreswirtschaftsbericht 2001 (2002), Hrsg. v. Referat für Arbeit und Wirtschaft der LH München, München.
- Keupp, Heiner (1999): Postmoderne Identitäten. Vortrag im Rahmen der Tagung „Die Grammatik urbanen Zusammenlebens“ am 9./10.9.1999 an der Universität Köln.
- Keupp, Heiner (2001): Eine Gesellschaft der Ichlinge?, hrsg. v. Sozialpädagogischen Institut im SOS-Kinderdorf München, München,

- Kirner, Ellen (2002): Verfassungsrechtliche Maßstäbe der Familienpolitik: Die Familie mehr, die traditionelle Ehe weniger fördern, in: DIW-Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 71, S. 52–66.
- Klee, Andreas (2001): Der Raumbezug von Lebensstilen in der Stadt. Ein Diskurs über eine schwierige Beziehung mit empirischen Befunden aus der Stadt Nürnberg, Passau (Münchner Geographische Hefte, Nr. 83).
- Konzept (1999): Wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Konzept für die Stadt München, hrsg. v. Referat für Arbeit und Wirtschaft, München.
- Krätke, Stefan (2001): Urbanität heute: Stadtkulturen, Lebensstile und Lifestyle-Produzenten im Kontext der Globalisierung, <http://home.t-online.de/home/32002190425/Kraetke/index.html>
- Krau, Ingrid (2002): Das Modell der „Europäischen Stadt“ – Ein möglicher Lösungsweg für zukünftige Integrationsprobleme? Statement auf dem „Stadt 2030“-Workshop „Integration“ in Stuttgart am 14./15. Februar 2002.
- Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria (1996): Einwanderer in der Kommune. Analyse, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen.
- Landsberg, Gerd (2003): Alter – der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Deufel, Konrad/Wolf, Manfred (Hrsg.): Die Zukunft des Sozialstaats, Freiburg, S. 39–45..
- Lebenssituation (1997): Die Lebenssituation ausländischer Bürgerinnen und Bürger in München, hrsg. v. Referat für Stadtplanung und Bauordnung, München.
- Maihofer, Andrea/Böhnisch, Thomas/Wolf, Anne (2001): Wandel der Familie, Düsseldorf (Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 43).
- Memorandum (1998): Memorandum zur Standortentwicklung der Technischen Universität München, [www.tu-muenchen.de/campus/about/reform/Standorte.pdf](http://www.tu-muenchen.de/campus/about/reform/Standorte.pdf)
- Meier, Bernd (1996): Sozialkapital in Deutschland – eine empirische Skizze, Köln (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik).
- Meyer, Heinz-Dieter (2002): Zivile Wissensgesellschaft: Lob der Ungeregeltheit, in: Die Mitbestimmung, H. 9, S. 15–19.
- Neckel, Sighard (2000): Leistung versus Erfolg. Der Zufall von Reichtum und Ruhm – Zur symbolischen Ordnung der Marktgesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 233, 7.10.2000, S. 21.
- Nefiodow, Leo A. (1997): Der sechste Kondratieff, Sankt Augustin.
- Offe, Claus (2002): Unsicherheiten und Rückversicherungen, in: Die Mitbestimmung, H. 9, S. 40–45.
- PISA 2000 (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, hrsg. v. Deutschen PISA-Konsortium, Opladen.
- Purker, Lisa (2000): Die Wohnungslosigkeit in Wien – Strategien und Handlungsmöglichkeiten für die Stadtplanung, Wien (Diplomarbeit im Fachgebiet Raumplanung, Technische Universität Wien; unveröff. Manuskript).
- Quartiersforum Aubing (2002a): Dokumentation des 1. Quartiersforums Aubing am 25. und 26. Januar 2002, München (Materialien aus dem Projekt „Zukunft München 2030“).
- Quartiersforum Aubing (2002b): Dokumentation des 2. Quartiersforums Aubing am 2. Oktober, München (Materialien aus dem Projekt „Zukunft München 2030“).



- Raus aus der Stadt? (2002): Raus aus der Stadt? Untersuchung über die Motive von Fortzügen aus der Landeshauptstadt München 1998–2000, Bearbeiter: D. Sträter u.a./IMU Institut, hrsg. v. Referat für Stadtplanung und Bauordnung, München.
- Reiß-Schmidt, Stefan/Tress, Josef (2000): München – Stadtentwicklung mit Ausländern in einer prosperierenden Stadt, in: Schmals, Klaus M. (Hrsg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale, Opladen, S. 203–213.
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt am Main.
- Schülerprognose (2001): Prognose der Schülerzahlen für Allgemeinbildende Schulen in München. Modellrechnung bis zum Jahre 2015, hrsg. v. Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München, München.
- Stadtteilentwicklung (2001): Stadtteilentwicklung in München. Rahmenkonzept zur Stadtteilentwicklung, hrsg. v. Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München (Schriftenreihe zur Stadtentwicklung).
- Romero, Andreas (2004): Wissen und Kreativität – Zukunft München 2030, München.
- Schmid-Urban, Petra (2001): Die Kommune als Akteurin und Moderatorin in der Bürgergesellschaft, Referat im Rahmen der Difu-Veranstaltung „Bürgergesellschaft und Wirtschaft – Die neue Rolle der Unternehmen“, Manuskript (Hrsg. v. Sozialreferat der Landeshauptstadt München).
- Shell-Studie (1997): Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend 97. Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – Politische Orientierungen, Opladen.
- Shell-Studie (2002): Deutsche Shell AG (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Opladen.
- Simmel, Georg (1903/1984): Die Großstädte und das Geistesleben, in: ders.: Das Individuum und die Freiheit, Berlin, S. 192–204.
- Sinn, Hans-Werner (2002): Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und ihre Politikimplikationen, in: ifo-Schnelldienst, Nr. 5, S. 20–36.
- Stehr, Nico (2003): Wissenspolitik – Die Überwachung des Wissens, Frankfurt am Main.
- Tönnies, Ferdinand (1887/ 1991): Gemeinschaft und Gesellschaft, Darmstadt.
- Thränhardt, Dietrich (1999): Integrationsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland – Institutionelle und soziale Rahmenbedingungen, in: Integration und Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft, hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, Bonn, S. 13–46.
- Thureau-Dangin, Philippe/Jeismann, Michael (1998): Die Ellenbogen-Gesellschaft. Vom zerstörerischen Wesen der Konkurrenz, Frankfurt am Main.
- Vogler-Ludwig, Kurt (2002): Der Beitrag der ausländischen Bevölkerung zur Wirtschaft Münchens und der Region, München (Veröffentlichung des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, Heft Nr. 132).

Auszug aus dem Band

## **Zukunft von Stadt und Region.**

### **Band I: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft**

Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“\*)

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik,

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,

November 2005 (1. Auflage)

ISBN 3-531-14902-4

Der Beitrag basiert auf dem Forschungsprojekt „Zukunft München 2030“, das von 2001 bis 2004 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind in dem vierbändigen Abschlußbericht „Zukunft München 2030. Visionen und Strategien für Stadt und Region“ (München 2004) nachzulesen. Die vier Teilberichte können auch auf der Webseite [www.muenchen2030.de](http://www.muenchen2030.de) heruntergeladen werden

## **Autorin und Autoren**

**Detlev Sträter**, Dr. phil., Dipl.-Soziologe, lic. rer. reg. (SRL)

Wissenschaftlicher Angestellter am

IMU Institut für Medienforschung und Urbanistik, München

E-Mail: [dstraeter@imu-institut.de](mailto:dstraeter@imu-institut.de)

**Elisabeth Purker**, Dipl.-Ing. für Raumplanung,

Wissenschaftliche Angestellte am

ÖGUT Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Wien

E-Mail: [lisa-purker@oegut.at](mailto:lisa-purker@oegut.at)

**Andreas Romero**, Dr.-Ing., Architekt und Stadtplaner (SRL)

Wissenschaftlicher Referent am

ISW Institut für Städtebau und Wohnungswesen der

Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), München

E-Mail: [romero@isw.de](mailto:romero@isw.de)

\*) Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert